

CDU und Grüne lehnen Haushalt des eigenen Bürgermeisters ab und gefährden die Zukunft der Stadt Sprockhövel

Eine folgenschwere und politisch durchaus bemerkenswerte Haltung, die die Sprockhöveler CDU und Bündnis90/Die Grünen in der Ratssitzung am 22. November 2018 an den Tag gelegt haben. Die Piraten/MiS waren gar nicht erst gekommen.

Keine Schulden für 2019 geplant

Bürgermeister Ulli Winkelmann und der Beigeordnete und Kämmerer Volker Hoven legten dem Rat der Stadt in seiner Sitzung vom 22.11.2018 einen genehmigungsfähigen, ausgeglichenen Haushaltsplan für das Jahr 2019 vor, der keine neuen Schulden und keine Steuererhöhungen vorsieht. Gleichzeitig sieht der Haushalt 2019 bedeutende Investitionsprojekte, wie Neubau Feuerwehr, Neubau Bauhof, Handlungskonzept Haßlinghausen, Ankauf neuer Gewerbegrundstücke, um nur einige zu nennen, vor.

Alle Vorgaben für Stärkungspakt erfüllt

Alle Vorgaben des Stärkungspaktes wurden erfüllt, eine durchaus respektable Leistung der Verwaltung. Selbst die schwierige Personalkostenentwicklung wurde gelöst.

Wäre der Haushalt nicht



mit den Stimmen der SPD, FDP und WFS sowie des Bürgermeisters mehrheitlich verabschiedet worden, hätte das eine Katastrophe für die Stadt Sprockhövel bedeutet.

Eigenem Bürgermeister das Vertrauen entzogen

Dem eigenen Bürgermeister öffentlich das Vertrauen zu entziehen ist eine Sache, die Folgen für die Stadt und jeden einzelnen Bürger absichtlich in Kauf zu nehmen ist die Andere und in höchstem Maße unverantwortlich. Nicht einen Änderungsantrag hat die CDU eingebracht – also somit unbegründet abgelehnt.

Was hätte ein abgelehnter Haushalt aber für unsere Stadt letztlich bedeutet: Wäre der Haushalt nicht beschlossen worden, hätte sich Sprockhövel in der vor-

läufigen Haushaltsführung, auch Nothaushalt genannt (§ 82 GO NRW) befunden. In der Folge hätten alle freiwilligen Leistungen der Stadt eingestellt werden müssen (Freibad, Bücherei, Musikschule, Zuschüsse an Vereine und Marketing Verein etc.), man stelle sich das mal vor.

Was viel schlimmer wiegt, die Stadt hätte die Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes, aus der sie Millionensummen zur Haushaltssanierung erhalten hat, nicht einhalten können. Hierzu hat sich der Rat der Stadt aber selber verpflichtet. Eine folgenschwere Situation, die zu ernstesten Konsequenzen geführt hätte, wäre die unabwendbare Folge gewesen.

Was bedeutet der Stärkungspakt für Sprockhövel?

Die Stadt Sprockhövel ist durch das Stärkungspaktgesetz verpflichtet, der Bezirksregierung Arnsberg einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Tut sie das nicht, würde infolge ein Sparkommissar der Bezirksregierung über die Geschicke der Stadt Sprockhövel entscheiden.

Der Rat der Stadt hätte keine Entscheidungsbefugnis mehr. Auch die Steuerhebesätze wären dann im Zweifel fremdbestimmt – der Stadtrat ohne Einfluss.

Das Verhalten von CDU und Bündnis90/Grünen ist im Ergebnis ein gefährliches politisches Geplänkel, was möglicherweise darauf abzielt, die hervorragende Arbeit des SPD-Kämmerers und seines Teams zu schmälern – auf Kosten aller Bürgerinnen und Bürger und des eigenen Bürgermeisters. ●

Herausgeber:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverband Sprockhövel, v.i.S.d.P.: Marion Prinz
Leipziger Str. 2, 45549 Sprockhövel, Tel. 02324 971623
m.prinz@spd-sprockhoevel.de, Fotos: privat



SPROCKHÖVELER